

Zeitschrift: Nebelspalter : das Humor- und Satire-Magazin
Band: 114 (1988)
Heft: 20

Rubrik: Bundeshuus-Wösch

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 15.05.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

CVP-Fortschritt

Die CVP ist für einmal vorangegangen. Diese sonst eher dem Traditionellen zuneigende Politgruppierung hat bei den Volksrechten einen mutigen Schritt nach vorne getan. Im Zeitalter der Kommunikationstechnologie, Videokonferenzen und Computerspielereien kommt ja zuweilen auch die Ansicht auf, man könne die Volksabstimmungen, die von Zeit zu Zeit den Schweizer Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern den wohlverdienten Sonntagmorgenschlaf rauben, durch Meinungsumfragen ersetzen. Die CVP ist jetzt vorangegangen. In ihrem Pressedienst gibt sie bekannt, dass die «Volksbefragung im September» ausfalle. So freut sich Lisette auf die Volksbefragung im Dezember und wundert sich weiterhin, warum der Umfrage- statt Abstimmungsvorschlag ausgerechnet von der CVP kommt: «Die müssen doch am Sonntagmorgen ohnehin früh aus den Federn.»

Vergoldeter Solari

Lisette staunt immer wieder, wie es Leute verstehen, sich glänzend zu verkaufen. So hat der Bundesrat letzte Woche den Direktor des Tessiner Fremdenverkehrsverbandes, Marco Solari, zum Delegierten für die 700-Jahr-Feiern erkoren. Der Hans-Dampf-in-allen-Gassen bezieht dabei für seinen Zwei-Drittel-Job ein Gehalt von 180 000 Franken. Macht umgerechnet ein



volles Jahresgehalt von 270 000 Franken! Die sieben Bundesräte verdienen im Jahr nur 16 000 Franken mehr. Die Überlegungen, die im Bundesrat bei der Anstellung Solaris gemacht worden sind, sind klar: Wenn der Tessiner so erfolgreich arbeite wie er viel verdient, dann muss der Eidgenossenschaft um ihr Jubiläumfest sicher nicht bange sein.

CVP für KVP

Die Christlichdemokratische Volkspartei der Schweiz, kurz CVP geheissen, hat sich deutlich für die Vorlage über die Koordinierte Verkehrspolitik (KVP) ausgesprochen. Männiglich zweifelte im Vorfeld des Luzerner Parteitages über die Standhaftigkeit der CVP in dieser umstrittenen Verkehrsfrage. Was indes völlig unnötig war. Bei den Christlichdemokraten soll es recht viele Mitglieder geben, welche die KVP mit Katholischer Verkehrspolitik gleichsetzen. Und gegen so etwas kann man gerade bei der CVP doch nichts einzuwenden haben.

Zukunftsforscher

Christian Lutz vom Gottlieb-Duttweiler-Institut in Rüschlikon wird neuer Präsident der Zukunftsforscher. Das ist erfreulich, weil damit ein Mann gewählt wurde, der weiss, worum es geht. Lutz war als Mitglied der Expertengruppe Energieszenarien (EGES) mitverantwortlich für die Beschreibung der energiepolitischen Zukunft. Und die las sich zum Beispiel so: «Von unten herauf» würden sich in den neunziger Jahren aufgrund einer Wirtschaftskrise und Umweltkatastrophe neue Prioritäten und Werthaltungen ausbreiten. Als Folge des Wirtschaftseinbruchs werde die Nachfrage nach allen Energieträgern zurückgehen.

Denner im Zukunftsglück

Es ist kaum verständlich, warum nicht auch Karl Schweri, der Denner-Chef, zum Zukunftsforscher ernannt wurde. In überaus weiser Voraussicht hatte nämlich der an vielen Fronten agierende Grossverteilungs-Unternehmer seine Konsumentenschutzinitiative am 26. April zurückgezogen. Vermutlich weil er voraussah, dass die Grüne Partei der Schweiz GPS an ihrer Delegiertenversammlung vom 7. Mai diese ablehnen würde. Das tat die Partei nämlich tatsächlich, wie der Tages-Anzeiger zu berichten weiss.

Lisette Chlämmerli

